Halle und Umgebung.

Halle, den 19. Januar 1916.

Produzentenmarkt.

Da die Kartoffelzufuhren heute ausblieben, mußten die Wintervorräte, die in Bauers Brauerei (Kl. Steinstraße) aufgestapelt sind, angebrochen werden; es wurden bis 10 Pfund zum üblichen Preise abgegeben. In der Talamtschule waren vorhanden: 50—60 Ztr. Weißkohl zu 10 Pfg. das Pfund, Mohrrüben 8 Pfg., Kohlrüben 5 Pfg., Sellerie 15—25 Pfg., Meerrettich 15 bis 35 Pfg., letztere je nach Größe.

An den Fleischverkaufsständen am Hallmarkt gab es als Neuheit sehr leder aussehendes gesalzenes ausländisches Schweine(Pökel)fleisch, das Pfund zu 2 Mark. Geräucherter Speck fand ebenfalls Liebhaber.

Betreffs der Regelung der Butterversorgung sei mitgeteilt, daß die eingehende Butter, die bis Donnerstag dieser Woche dem Statistischen Amt gemeldet ist, nächste Woche in den Geschäften zum Verkauf kommt. Und so wird regelmäßig künftig verfahren.

Bereisung der Kriegsgefangenenlager im französischen Nordafrika.

WTB. **Berlin**, 18. Januar. Auf Anregung der deutschen Heeresverwaltung wurde in den letzten Dezembertagen eine Kommission von sechs Schweizer Delegierten, darunter drei Aerzte, zur Besichtigung der Gefangenenlager im französischen Nordafrika entsandt. Sie hat Liebesgaben, Medikamente und eine größere Geldsumme zur Verteilung in den Lagern mitgenommen. Jede der drei Besitzungen, Algier, Tunis und Marokko, wird von einem Delegierten und einem Arzt sehr eingehend bereist werden. Die Mitglieder der Kommission haben ausgedehnte Vollmachten. Sie können unter anderem die Lager und Arbeitsstellen jederzeit ohne vorherige Anmeldung besuchen, ohne Ohrenzeugen mit den Gefangenen sprechen und ihre Wünsche und Klagen entgegennehmen.

So ist zu hoffen, daß die Tätigkeit der Kommission wesentlich zur weiteren Besserung der Verhältnisse in den nordafrikanischen Lagern beitragen wird.

Post- und Telegrammverkehr nach Ob Ost.

Nach dem Etappengebiet des Oberbefehlshabers Ost, in dem eine „Kaiserlich Deutsche Post- und Telegraphenverwaltung im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost" eingerichtet worden ist, findet fortan in beschränktem Umfange ein privater Post- und Telegrammverkehr auch mit der Bevölkerung des Gebietes statt. Reichspostanstalten sind zunächst eingerichtet worden in Bialystock, Grodno, Kowno, Libau, Mitau, Poniewiesz, Schaulen, Suwalki und Wilna. Außerdem nehmen in den Orten Augustow, Bausk, Bielsk, Hasenpoth, Kielmy, Olita, Sokolka, Windau und Wylkowyszki Feldpostanstalten an dem neuen Verkehr teil. Es können aber auch nach anderen Orten in dem Postgebiet Sendungen abgeschickt werden. In der Aufschrift ist dann der Postort anzugeben, von dem der Empfänger die Sendungen abholen wird. Postbestellung findet nicht statt.

Der private Post- und Telegrammverkehr mit dem neuen Postgebiet erfolgt im allgemeinen unter ungefähr denselben Bedingungen wie der private Verkehr mit dem Gebiet des Generalgouvernements Warschau. Zugelassen sind im Postverkehr mit dem Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost offene gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen jeder Art, gewöhnliche (nicht telegraphische) Postanweisungen bis 800 Mark und Telegramme in dringenden Angelegenheiten — unter Nachweis der Dringlichkeit — bis zu 15 Wörtern.

Postsendungen und Telegramme müssen allgemein verständlich in deutscher Sprache abgefaßt sein und dürfen keine Mitteilungen über militärische Angelegenheiten enthalten; die Abschnitte der Postanweisungen dürfen nicht zu schriftlichen Mitteilungen benutzt werden. Auf allen Sendungen und Telegrammen muß der Absender und seine Wohnung angegeben sein. Die Mitteilungen in den Briefen sind möglichst kurz zu halten und dürfen nicht über zwei Seiten Viertelgröße (Quartformat) hinausgehen. Gefütterte Briefumschläge sind verboten. Verschlossene Briefe, Sendungen ohne Absenderangabe, unleserliche Schriftstücke sowie alle Sendungen, die den sonstigen Vorschriften nicht entsprechen, sind von der Beförderung ausgeschlossen. Druckschriften größeren Umfanges werden von den Prüfungsstellen zurückgestellt und können dadurch verzögert werden.

Für Briefsendungen und Postanweisungen gelten die innerdeutschen Gebührensätze, für Telegramme wird das Dreifache der inländischen Wortgebühr erhoben, mindestens 1,50 Mark. Alle Sendungen sind vom Absender vollständig freizumachen. Im Postgebiet des Oberbefehlshabers Ost werden hierzu deutsche Postwertzeichen mit dem Ueberdruck: „Postgebiet Ob Ost" ausgegeben. In den Postanweisungen sind Auslandsvordrucke zu verwenden. Die Postanweisungen sind in deutscher Währung auszustellen.

Es ist vorbehalten, Telegramme innerhalb des Postgebietes des Oberbefehlshabers Ost auch brieflich zu befördern, namentlich bei starker Belastung der Telegraphenlinien.

Privater Paket- und Fernsprechverkehr in und mit dem Postgebiet Ob Ost ist nicht zugelassen. Dagegen vermitteln die deutschen Postämter in diesem Gebiet auch den Bezug sämtlicher in deutscher Sprache im deutschen Reiche erscheinenden, von der Zensur überwachten Tageszeitungen und zweier polnischer Tageszeitungen („Dziennik Poznanski" und „Katolik") unter den in Deutschland geltenden Bedingungen.

Allgemeine Ortskrankenkasse.

Nach der Reichsversicherungsordnung sind die Krankenkassen berechtigt, Maßnahmen zum Zwecke der Krankheitsverhütung zu treffen. Die Allgemeine Ortskrankenkasse macht erstmalig hiervon Gebrauch durch Verteilung von Merkblättern der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten an die Arbeitgeber (Dienstherrschaften) zur Abgabe an die Versicherten. Diese Bestrebungen decken sich mit den gleichen des Bundes zur Mehrung der Volkskraft, und es darf wohl angenommen werden, daß die sehr sachlich abgefaßten Druckstücke nicht achtlos beiseite gelegt werden. Die Krankenkassen erhoffen durch diese Aufklärung weiterer Kreise die möglichste Gesunderhaltung der Versicherten.

Heidekraut-Ersatztee.

Bei der zu erwartenden Knappheit an Tee und Kaffee erscheint es ratsam, sich nach einem Ersatz für diese Genußmittel umzusehen. Es sind auch schon mancherlei Vorschläge in dieser Richtung gemacht worden, die jedoch zum Teil wenig aussichtsreich sind. Die Schwierigkeit liegt nämlich darin, Kräuter zu wählen, die nicht allzu sehr an bekannte Volksarzneien und Hausmittel erinnern. Dem an so ausgesprochene Genußmittel, wie Tee und Kaffee, gewöhnten Gaumen würden derartige Getränke bald widerstehen. Einen glücklichen Griff scheint nun Schneider in der Wahl des Heidekrautes als Ersatz für Tee getan zu haben. Wie Schneider in der Pharmazeutischen Zentralhalle vom 3. Dezember 1914 bereits ausführte, erfüllt das Heidekraut alle Bedingungen, die man an ein billiges Ersatzmittel für Tee stellen kann. Der mit kochendem Wasser bereitete Aufguß des Heidekrautes (1 Teelöffel auf eine Tasse) ist von blaßgelber Farbe, schwachem Geruch und stark zusammenziehendem Geschmack. Mit 1 bis 2 Stückchen Zucker auf die Tasse gesüßt, ist der Aufguß ein angenehmes Getränk. Auch mit Milchzusatz soll der Geschmack angenehm sein. Da das Heidekraut (Calluna vulgaris oder Erica vulgaris) in großen Mengen vorkommt, leicht zu sammeln und zu trocknen ist, läßt es sich billig auf den Markt bringen. Beim Einsammeln lege man Wert darauf, daß die roten Blütenhüllen mitgesammelt werden, weil dadurch der Tee ein gefälligeres Aussehen erhält.

Der Heidetee ist nicht nur den anderen Ersatzmitteln für Tee, wie Brombeer- und Erdbeerblättern, im Geschmack überlegen, sondern stellt auch ein sehr bekömmliches Getränk dar. Schon aus dem Altertum her ist die Erica als Volksheilmittel bekannt. Dabei ist zu betonen, daß der Heidekrautaufguß keineswegs an eine Arznei erinnert, wie dies bei Kamillen- und Lindenblütentee der Fall ist.

Aguma-(Hülsenfrucht-)Mehl im Haushalt.

Da trotz der neuen Ernte die so nahrhaften und besonders für die Winterszeit so wichtigen Hülsenfrüchte auch heute noch rar und teuer sind, sollte dem aus der Sojabohne, einer Abart unserer Gartenbohne hergestellten Hülsenfruchtmehl, von seiten der Hausfrauen ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dieses Mehl, nach besonderem Verfahren aus den entbitterten Bohnen hergestellt, kommt unter der Bezeichnung „Agumamehl" in den Handel. Es enthält über 40 Prozent Eiweiß, während das beste Fleisch davon nur 20 bis 22 Prozent aufweist, 8,5 Prozent Fett, 27 Prozent Kohlehydrate, 6 Teile Mineralsalze und einen nicht unbeträchtlichen Teil des zur Ernährung so wichtigen Lecithins. Bei reichlicher Verwendung ist es also wohl imstande, den Körper auch ohne Fleisch ausreichend zu ernähren.

Wichtig ist es, daß man das Agumamehl, ob man es nun zu Suppen, Tunken, Mischgerichten, oder zu Klößen und Gebackenem aller Art verwendet, im ersteren Falle gut mit Wasser verrührt, im letzteren recht innig mit anderem Mehl vermischt, damit es sich nicht ballt. Bei Suppen rechnet man einen gehäuften Eßlöffel voll auf einen Teller voll Suppe. Mit kaltem Wasser zu Brei angerührt, läßt man es an heißer Herdstelle unter öfterem Umrühren 25 bis 30 Minuten langsam ausquellen. Ganz besonders gut quillt das Agumamehl in der Kochkiste oder im Kochbeutel aus, nachdem es zuvor 10 Minuten unter stetem Umrühren auf flottem Feuer gekocht. Für Tunken bereitet man stets zuvor eine Mehlschwitze von Agumamehl, läßt sie mit Wasser gut ausquellen und fügt dann die gewünschten Würzer bei. Fleischbrühe ist dabei nicht nötig. Will man Klöße, Kartoffelpuffer und -Bällchen oder Gebäck herstellen, so mische man gleiche Teile Agumamehl und Weizenmehl zusammen und schüttele sie der besseren Mischung wegen durch ein grobes Sieb.

Puddings von Agumamehl und Kartoffeln, Fisch, Fleisch oder Gemüse, sowie Sauerkohl und gedünstetem oder eingemachtem Obst hergestellt, bedürfen keiner Eier, da das Agumamehl genügend Eiweiß besitzt. Doch sehe man des besseren Gelingens wegen vom Backen der Puddings ab und koche sie stets im Wasserbade 1 Stunde.

Auch Agumabrei zu Sauerkohl und ähnlichen Speisen als Zukost wird vorteilhafter, um Anlegen zu verhüten, auf diese Weise bereitet.

Gelatinespeisen.

Durch vielseitige Verwendung von Gelatine lassen sich eine Reihe von Gerichten herstellen, die der Hausfrau helfen, die Butterknappheit für den Haushalt weniger fühlbar zu machen.

Sülzen aller Art, z. B. von Fisch, Wild, Geflügel, Pilzen, Tomaten, Gemüsen, können ohne jeglichen Fettzusatz zu Pellkartoffeln, Kartoffelsalat oder Brot gereicht werden.

Süße Gelatinespeisen aus Birnen-, Aepfel-, Pfirsich-, Pflaumen-, Aprikosen-Schalen sind billig herzustellen. Die Schalen der Früchte werden fest zugedeckt in Kochtöpfe oder Herdröhre ein bis zwei Stunden gekocht und durch ein feines Sieb gegossen. Den erhaltenen Saft würzt man mit Zucker und Zitrone oder eingekochten Fruchtsaft und nimmt zu einem Liter Flüssigkeit je nach dem Gallertgehalt der verwendeten Früchte 10 bis 16 Blatt Gelatine. Eingekochter Saft von Wildfrüchten, wie Holunder, Schlehen, Hagebutten, Rotdorn, zu einem Drittel mit Wasser vermischt, mit 10 Blatt Gelatine gesteift, bildet eine begehrte Schüssel für Kinder. Den eingekochten Saft des Gartenbeerenobstes behandelt man auf gleiche Weise und erzielt außerordentlich schmackhafte Süßspeisen.

Birnen, Aepfel, Pfirsich, Aprikosen, Apfelsinen, Rhabarber, Haselnuß, Bananen, sie alle können zu Sülzgerichten verwandt werden.

Nach dem Aufkochen der Gelatine müssen die Speisen in die dazu bestimmten, mit kaltem Wasser ausgespülten Schüsseln gegossen und an einen möglichst kalten Aufbewahrungsort gebracht werden. Je kälter der Raum, je leichter erstarrt die Sülze. Länger als drei bis vier Tage soll man die Gelees nicht stehen lassen.

Vorträge des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Donnerstag, den 20. Januar, spricht abends 8½ Uhr im Auditorium maximum Herr Geheimrat Professor Dr. Anton über den „Einfluß einzelner Organe auf die körperliche und geistige Entwicklung des menschlichen Organismus an Hand der Erfahrungen der Pathologie". Lichtbilder werden das Vorgetragene ergänzen. Während beim vorhergehenden Vortrag die Erfahrungen, die über die Bedeutung der einzelnen Organe im Experiment erschlossen worden sind, im Vordergrund der Erörterungen standen, so wird dieses Mal gezeigt werden, daß bestimmte Krankheitsbilder auf das Versagen ganz bestimmter Organe zurückzuführen sind. — Hervorgehoben sei, daß die Vorträge des Bundes allgemein zugänglich sind. Mitglieder des Bundes haben freien Zutritt. Mitgliedskarten zum Mindestbeitrag von 1 Mark können täglich mit Ausnahme von Sonnabend von 4—7 Uhr im Physiologischen Institut der Universität, Magdeburgerstr. 21, oder von 9—12 Uhr an der Universitätskasse bezogen werden. Schriftliche Anmeldungen sind an die Geschäftsstelle des Bundes, Kaiserplatz 5, zu richten. Für Nichtmitglieder beträgt die Gebühr für jeden einzelnen Vortrag 50 Pfg. und für die ganze Reihe 5 Mark.

Eugen d'Alberts Beethoven-Abend.

Die Ankündigung eines Klavierkonzertes von Eugen d'Albert wirkt wie leicht entflammbarer Zunder auf die erregten Gemüter der ganzen musikalischen Welt: Sie ist wie eine Verheißung, sie ist die Aussicht auf einen Leckerbissen, den man nicht alle Tage vorgesetzt bekommt, von dem man aber von vornherein weiß, daß er den Geschmacksnerven volle Befriedigung bringen wird. Daß man die Kunst dieses Meisters am Flügel voll wertet, daß Tugen d'Albert überall, wohin ihn seine Konzertreisen führen, zahllose Verehrer und Anhänger hat, bewies der gestrige Klavierabend im Thaliasaal. Eine tausendköpfige Menge füllte den großen Raum bis auf den letzten Platz und harrte mit stummer Andacht und unverkennbar froher Stimmung den Darbietungen des Pianisten.

Ein Beethoven-Abend! Man muß ihn gehört haben, den kleinen Meister, mit der hohen Stirn, hinter der sich Note an Note reiht, sich zu einem Ganzen formt, aus dem das Thema immer wieder hervorklingt; hinter der sich Satz mit Satz vereinigt, solange bis das vollendete Werk sich in seiner ganzen Schönheit vor den Sinnen des andächtigen Betrachters auftut, eine Weile halten bleibt, und dann in seinen Einzelheiten langsam hinsterbend nur die Empfindung von etwas Großem, Genialem, zurücklässt. Man muß den Meister gesehen haben, der mit seinen beweglichen Fingern aus der toten Materie eine Fülle elementarer Naturkräfte zu entfesseln weiß.

Eugen d'Albert begann mit den 32 Variationen C-Moll; er spielt sie mit einer staunenswerten Technik herunter. Daß er sie etwas derb behandelt, fällt nicht störend ins Gewicht. Es folgt die Sonate Es-Dur, Op. 81a (Das Lebewohl). Diese Darbietung trägt den Stempel d'Alberts hoher Meisterschaft: hier fühlt man die ungeheure Produktivität des seinen Beethoven vollständig erfassenden, erschöpfenden, also neuschaffenden Genies. In der Wiedergabe der Sonate Op. 111, C-Moll, zeigt sich neben der vollendeten Auffassung die technische Vollkommenheit, besonders im Allegrosatz. Was ist über d'Albert weiter zu sagen? Alles, was sein Geist auf die Nervenbände überträgt ist tiefstes Erfassen Beethovenscher Musik. Ferner enthielt das Programm noch die Sonate Op. 57, F-Moll (Appassionata), die von d'Albert bearbeiteten Eroßsalles, das Rondo G-Dur, Op. 51 Nr. 2, und das Rondo Op. 129 (Die Wut über den verlorenen Groschen). Ein Beifallssturm jagte den anderen; endlos schien der Dank der Zuhörer für den Meister und sein Werk.

Verein der Fortschrittlichen Volkspartei für Halle und den Saalkreis.

Die gestern im Vereinslokal „Sankt Nikolaus" abgehaltene Generalversammlung des fortschrittlichen Vereins für Halle wurde von Herrn Rechtsanwalt Herzfeld eröffnet, der den verstorbenen Vereinsmitgliedern, darunter den Herren Franke und Schollmeyer, die auf dem Felde der Ehre gefallen sind, einen ehrenden Nachruf widmete. Er erteilte sodann den Geschäftsbericht, nach dem die Vereinstätigkeit trotz des Krieges eine sehr rege gewesen ist. In 7 öffentlichen Versammlungen, von denen 3 die Lebensmittelteuerung behandelten, und in 4 größeren Mitgliederversammlungen wurden Vorträge, die sich auf die Kriegslage und die Verhältnisse im Inneren bezogen, gehalten. 7 Sitzungen des Gesamtvorstandes und 10 des geschäftsführenden Vorstandes bereiteten die Vereinstätigkeit vor und führenden die Beschlüsse des Vereins aus. In den öffentlichen Versammlungen wurden 2 Entschließungen angenommen, die Vorschläge betreffend Abhilfe gegenüber Mißstände, die sich bei der Lebensmittelversorgung herausgestellt hatten, wurden beim Magistrat unterbreitet. Eine Resolution über Kriegsziele wurde dem Zentralvorstand der Partei überwiesen.

Von den Vereinsmitgliedern stehen gegenwärtig etwa 60 im Felde, darunter 7 Vorstandsmitglieder.

An den Stadtverordnetenwahlen hat sich der Verein als solcher, um den Burgfrieden zu wahren, nicht beteiligt. Er hat jedoch mit Genugtuung die Wahl der Herren Manschewski, Spröte und Georg, die dem Verein angehören, begrüßen können. Nachdem der Vorsitzende noch die Frage des Parteisekretariats gestreift und die großen Erfolge der Vereinstätigkeit auch außerhalb Halles im Saalkreise erwähnte, die in der Hauptsache der regen Tätigkeit des Abgeordneten Delius zu verdanken sind, erstattete Herr Kaufmann Georg den Kassenbericht, der ein recht günstiges Ergebnis aufwies. Die Beiträge sind mit ganz wenigen Ausnahmen eingegangen. Sie sind sogar von Mitgliedern, die sich im Felde befinden, zu einem großen Teile bezahlt worden, obwohl diese Mitglieder nach Vereinsbeschluß von den Beiträgen befreit waren.

Bei der Neuwahl des geschäftsführenden Vorstandes wurden die Herren Rechtsanwalt Herzfeld, 1. Vorsitzender, Abgeordneter Delius, 2. Vorsitzender, Konditoreibesitzer Pfautsch, 3. Vorsitzender, Chefredakteur Dyck, 1. Schriftführer, Lehrer Plönnigs, 2. Schriftführer, Kaufmann Georg, Kassenführer, wiedergewählt. Eine Ergänzung des erweiterten Vorstandes bleibt einer späteren Sitzung vorbehalten.

Als Vertreter zum Wahlkreisverband wurden gewählt die Herren Suddirektor Bornschlegell, Kaufmann Leppin, Rentier Hendel, Stadtrat Arndt, Kaufmann Michel, Werkmeister Dobrint, Direktor Leister, Rentier Flörsheim, Graveur Breitter, Gerichtssekretär a. D. Tretrop, Fabrikbesitzer Taatz und Fräulein L. Bodien.

Herr Abgeordneter Delius erstattete sodann den Bericht über seine parlamentarische und parteipolitische Tätigkeit während des verflossenen Jahres:

Tätigkeit des Abgeordneten Delius.

1. Parlamentarische Tätigkeit.

Das Abgeordnetenhaus hat 1915 vom 9. Februar bis 15. März und vom 5. Juni bis 24. Juni getagt. In der Hauptsache wurde der Etat und einige Gesetze, die unmittelbar mit dem Kriege in Zusammenhang standen, erledigt. Die Behandlung großer innerpolitischer Fragen verbot sich während des Krieges von selbst. Die Haupttätigkeit war in die Kommission verlegt. Hier wurden alle schwebenden Fragen ausführlich behandelt.

Auch die Tätigkeit in der Fraktion war eine sehr rege. Eine Fülle von Fragen wurde hier eingehend beraten. Der Berichtende gehörte wiederum dem Fraktionsvorstande als Geschäfts- und Schriftführer an. Als Mitglied des Haushaltsausschusses wurde ihm die Ehre zuteil, an der sechstägigen Besichtigungsreise durch das zerstörte Ostpreußen teilnehmen zu können. Ueber die Reiseeindrücke und den Besuch bei dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg ist in einer Reihe von Versammlungen berichtet worden. Ein kleiner Ueberschuß aus diesen Veranstaltungen konnte auch der Hallischen Ostpreußenhilfe zufließen.

In dieser schweren Zeit bin ich bestrebt gewesen, manchen erwerbstätigen Kreisen bei Erlangung von Aufträgen für Staat und Reich behilflich zu sein. Meine Bestrebungen, durch Vermittelung der Handwerkskammer die hiesigen Handwerker für die Uebernahme von Arbeiten für Ostpreußen zu interessieren, waren leider erfolglos, weil maßgebende Handwerker sich ablehnend verhielten. Meine Bemühungen, den unteren Beamten eine Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Lage zu verschaffen, waren von Erfolg gekrönt. Ich darf auch behaupten, daß ich mancher Soldatenfrau bei Erkämpfung ihrer Rechte große Dienste leisten konnte. Eine Reihe von Eingaben an die verschiedenen Ministerien waren von Erfolg gekrönt. Es darf auch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160119038/fragment/page=0001

jehauptet werden, daß meine Tätigkeit in der Teuerungsfrage manchen Erfolg gerade auch in Halle herbeigeführt hat.

Sonstige Tätigkeit.

Es wurden von mir 24 Versammlungen mit 16 verschiedenen Vorträgen abgehalten. Diese behandelten, wie wohl selbstverständlich ist, den Krieg und die damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen. Außerdem habe ich noch 27 Versammlungen besonders beigewohnt. Im Saalkreise habe ich Vorträge in Wettin (3), Wörmlitz, Nebejün, Dölnitz, Niemberg, Osmünde, Gottenz, Ammendorf (2), Niemberg, Büchdorf, Zwintschöna, Halle (6), davon ein Vortrag im Liberalen Arbeiterverein. In Halle fanden außerdem noch vier Vorträge in anderen Vereinen statt. Außerhalb des Wahlkreises habe ich in Bitterfeld, Naumburg, Berlin und Nordhausen gesprochen. Für die Presse habe ich 16 Artikel geschrieben. Es wird nicht auffallen, daß in den Friedensjahren die Tätigkeit größer war, doch dürfte auch diese kurze Aufzählung beweisen, daß ich auch im Kriege bestrebt war, wo es irgendwie angängig war und geboten schien, tätig zu sein. Ich glaube damit unserer parteipolitischen, wie vor allem der vaterländischen Sache gedient zu haben.

Möge der schwere Krieg bald zu Ende sein, dann werden wir mit neuer Kraft für das Wohl des Volkes arbeiten können. Schließlich möchte ich nicht versäumen, allen Freunden für die Unterstützung bei meinen Arbeiten zu danken und sie um ferneres Wohlwollen zu bitten.

Möge das Jahr 1916 uns als Friedensjahr unseren Bestrebungen und Wünschen näherbringen und den Anbruch einer neuen Zeit bedeuten.

Ueber die Vorbereitung der Reichstagswahlen referierte, nachdem Herr Rechtsanwalt Herzfeld in kurzen Zügen die geschäftlichen Mitteilungen zu diesem Thema gegeben hatte, Herr Chefredakteur Dyck. Er wies insbesondere auf die Wichtigkeit der kommenden Wahlen hin, da der nächste Reichstag große Aufgaben auf dem Gebiete der Steuergesetzgebung und der wirtschaftlichen Maßnahmen zu leisten haben wird. Die Vorschläge des Vorstandes, die der Referent für die am 6. Februar stattfindende Generalversammlung des Wahlkreisvereins machte, fanden einstimmige Annahme.

Den Schluß der Tagesordnung bildete ein Vortrag des Abgeordneten Delius über die Steuerfragen. Er ging davon aus, daß die Bitte Montenegros um einen Sonderfrieden hoffentlich den Anfang einer Wendung im Kriege bedeutet und daß der Wunsch des Grafen Schwerin sich erfüllen möchte. Ein Vergleich der Ausgaben, die der Krieg 1870/71 und der jetzige Krieg in seinem bisherigen Stadium brachte, zeigt, wie gewaltig diese Ausgaben gewachsen sind, die nach Ansicht des Referenten durch die Kriegsentschädigungen niemals ganz ersetzt werden können, da auch die feindlichen Staaten durch ihre Kriegsausgaben, die die deutschen noch bei weitem übersteigen, in schwere finanzielle Nöte geraten werden. Die Aufbringung großer Beträge im Lande wird daher notwendig. Dr. Friedberg, der nationalliberale Führer, schätzt die Steigerung der steuerlichen Belastung so hoch, daß etwa 20—25 Prozent des Einkommens nach dem Kriege an den Staat als Steuern abzuführen sein würden. Unser Parteifreund Gothein geht mit seiner Schätzung sogar noch weiter. Er nimmt an, daß etwa 30 bis 35 Prozent an Steuern zu entrichten sein würden. Der englische Schatzsekretär und die englischen Parlamentarier haben für England allerdings noch einen ganz anderen Steuersatz vorausgesehen; man hat sogar von 75 bis 80 Prozent Steuern vom Einkommen für England gesprochen. Der Bedarf des Deutschen Reiches wird auf etwa 3 bis 5 Milliarden neuer Belastungen nach dem Kriege zu schätzen sein. Es handelt sich darum, die militärischen Aufgaben zu erfüllen, die Bestände zu ergänzen und namentlich auch die Wunden des Krieges zu heilen. Diese Aufgabe ist eine der größten und eine der heiligsten, die wir zu erfüllen haben, da es eine Ehrenpflicht des Reiches ist, für die zu sorgen, die ihr Leben und ihre Gesundheit dem Vaterlande gegeben haben. Die notwendigen Steuern werden allerdings — das läßt sich nicht verkennen — nicht allein durch direkte Steuern aufgebracht werden können. Wenn wir früher auf dem Standpunkte gestanden haben, daß der größte Teil des Reichsbedarfes durch direkte Steuern gedeckt werden könnte, so müssen wir angesichts der großen Aufgaben diesen Standpunkt doch revidieren. Allerdings werden wir nach wie vor fordern, daß eine weitere Verteuerung der Lebensmittel vermieden wird und daß zum Ausgleich der Belastung der ärmeren Bevölkerung durch indirekte Steuern auch erhebliche Teile der neuen Steuern von Vermögen und Einkommen genommen werden. Die indirekten Steuern dürften zu einem großen Teile Genußmittel erfassen. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß angesichts des großen Bedarfs die Genußmittel am ehesten eine Steigerung der Belastung ertragen. Einzelne Gewerbe allerdings werden dabei bluten müssen, und wir werden sorgsam zu erwägen haben, daß solche Gewerbebetriebe nicht vollständig ruiniert werden.

Es sind dann weiter Verkehrssteuern in Aussicht gestellt. Die Telegrammgebühren sollen um 50 Prozent erhöht werden. Dementsprechend dürften auch die Fernsprechgebühren eine Erhöhung erfahren. Auch das Briefporto soll erhöht werden. Wir müssen dabei prüfen, ob es zweckmäßig sein wird, derartige Verkehrssteuern aufzuerlegen. Nach unserem alten Standpunkt lehnten wir solche Verkehrssteuern prinzipiell ab. Wir werden uns jedoch hier einer Prüfung nicht entziehen können, deren Resultat erst zu übersehen ist, wenn man die Vorlage kennt. Wahrscheinlich ist auch eine Erhöhung der Eisenbahntarife in Preußen. Bei der Erörterung der neuen Steuerprojekte ist der Gedanke an Staatsmonopole von der Regierung wieder aufgenommen. Das von Bismarck mit großer Energie vertretene Tabaksmonopol dürfte dabei in erster Linie wieder auf der Bildfläche erscheinen. Ein sehr dankbares Objekt für Monopolisierung durch den Staat wäre die Kaliförderung. Sie würde geringe Kosten verursachen und sicher großen Nutzen bringen. Das Stickstoffmonopol ist bereits während des Krieges vom Reiche in Anspruch genommen. Es bringt augenblicklich noch wenig, sein Ausbau dürfte jedoch gleichfalls recht gewinnbringend sein. Weitere Projekte sind eine Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und der Versicherungen. Bei der Beurteilung dieser Monopolpläne werden wir uns die Frage vorlegen müssen, wie weit die staatlichen Monopole öffentliches Interesse vertreten. Man kann die Gefahren nicht verkennen, eine wirtschaftliche Stagnation auf weitem Gebiete, eine vergrößerte Menge von abhängigen Existenzen dürfte Bedenken erregen, jedoch können wir heute noch nicht prinzipiell in irgend einer Weise festlegen, wie wir uns zu den einzelnen Monopolen stellen, denn die Mittel für Reich und Staat müssen unter allen Umständen beschafft werden. Eine größere Sparsamkeit ist am Platze und wird auch bereits in den Parlamenten mit Energie verlangt. Es läßt sich annehmen, daß auch das Reich einen Teil der direkten Steuern vom Einkommen und wahrscheinlich den größten Teil der Vermögenssteuer für sich in Anspruch nehmen wird. Eine weitere Einnahmequelle bietet zunächst die Kriegsgewinnsteuer. Beachtenswert ist und gefordert werden muß die Beseitigung aller Steuerfreiheiten.

Redner ging dann zu der Erhöhung der Einkommensteuer in Preußen über. Er erläuterte ausführlich an der Hand von Beispielen die einzelnen Sätze. Er stimmte im Prinzip sowohl der Erhöhung als auch dem Modus der Erhöhung zu, da einmal der Bedarf nicht zu leugnen ist, nachdem der letzte Abschluß ein Defizit von 106 Millionen gezeigt und der Eisenbahnausgleichsfonds mit 282 Millionen aufgebraucht ist, und zum anderen, da die Staffelung eine durchaus soziale ist, die jeden Steuerzahler nur nach Maßgabe seiner Leistungsfähigkeit belastet. Der Referent betonte, daß auch die Gemeinden erhebliche höhere Aufwendungen haben werden und daß sich daraus eine gewisse Konkurrenz zwischen Staat, Gemeinde und Reich ergeben wird, daß aber die neuen Zuschläge zur Einkommensteuer nach dem Gesetz nicht zur Grundlage der Steuerzuschläge der Gemeinden dienen dürfen.

An diesen Vortrag schloß sich eine längere Aussprache, in der die verschiedenen Steuerprojekte von Mitgliedern des Vereins gestreift wurden. Im besonderen wurde gefordert, daß die Einnahmen des Staates nicht durch eine Verschwendung auf verkehrspolitischem Gebiete, wie sie jetzt während des Krieges sich besonders bemerkbar macht, verringert würden. Daß Getreide jetzt von einem Ende des Reiches zum anderen spazieren gefahren wird, während Mehl dann wieder in umgekehrter Haltung Hunderte von Kilometern weit transportiert werden muß, daß Kartoffeln und Kohlen in gleicher Weise vom entferntesten Produktionsorte herangeholt werden, wurde als Verschwendung staatlicher Mittel bezeichnet.

Von anderen Rednern wurden noch Steuerprivilege von Beamten, steuerliche Berücksichtigung kinderreicher Familien und zum Schlusse auch die Lebensmittelversorgung in die Debatte gezogen. Nach einer recht lebhaften und anregenden Aussprache schloß die Versammlung mit einem Schlußwort des Abgeordneten Delius, der sich mit den in der Debatte angeschnittenen Fragen erschöpfend beschäftigte.

Im Verkehr zwischen Deutschland und einer Reihe von Orten in der Türkei können vom 1. Februar ab Beträge bis 1000 Franken durch telegraphische Postanweisungen übermittelt werden. Nähere Auskunft erteilen die Postanstalten.

Rote-Kreuz-Medaillen sind an nachstehende Personen in der Provinz Sachsen verliehen worden, die in der Kriegskranken- oder Kriegswohlfahrtspflege hervorragend tätig sind: Die Rote-Kreuz-Medaille 2. Klasse: prakt. Arzt und Stadtrat Dr. Beßler in Eisleben, Tiefbauunternehmer Gustav Kieser-Erfurt, Frau Landeshauptmann Freifrau v. Wilmowski-Merseburg, Frl. Anna Schraube-Merseburg, Frau Kommerzienrat Toni Kronbiegel-Collenbusch-Sömmerda; die Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse: Reg.-Rat Dr. Ramslau-Magdeburg, Kaufmann Paul Otto Gertke-Magdeburg, Rechnungsrat Kannefeld-Magdeburg, Kaufmann Gadau-Magdeburg, Mitglied der Sanitätskolonne Julius Salomon-Magdeburg, Lehrer an der Knabenmittelschule Dreßler-Neuhaldensleben, Rektor Roos-Klötze, Kgl. Eisenbahn-Werkführer Otto Müller-Stendal, Gärtner Wilhelm Bein-Quedlinburg, Stadtrat Arndt-Halle a. S., Stadtrat Freyberg-Delitzsch, Sparkassendirektor Bachmann-Wittenberg, Lehrer und Turnlehrer am Realgymnasium Oskar Allendorf-Eilenburg, Bürgerschullehrer Plat-Weißenfels, Oberpfleger im städtischen Krankenhause Kramer-Sangerhausen, Buchdruckereibesitzer Stenger-Erfurt, Frau Landgerichtsrätin Schäffer-Halberstadt, Frau Landgerichtsrat Geheimrat Dittmar-Halberstadt, Frau Oberlehrer Theill aus Halberstadt (z. Zt. in Mlina), Frl. Helene Hellmeyer-Halberstadt, Frau Pastor Fritze-Magdeburg (z. Zt. in Kowno), Schwester Luise Baltwitz-Quedlinburg, Schwester Martha Mann-Vogelsang b. Gommern, Diakonisse Minna Traenker-Genthin, Frl. Anna Claus-Gardelegen, Frau Eisenbahndirektionspräsident Sommer-Magdeburg. Frau Grube-Magdeburg, Frau Oberst v. Hirsch-Magdeburg, Frau Oberpredniger Bärthold-Halberstadt, Frau Landrat v. Schenck-Genthin, Frau Kommerzienrat Berger-Merseburg, Frau Amtsrat Schele-Schladebach, Frau 1. Bürgermeister Belian-Eilenburg, Frau Oberin Agathe Grote-Halle, Schwester Margarete v. Trotha-Gerbstedt, Frau Eisenbahndirektionspräsident Seydel-Halle, Frau Oberbürgermeister Rive-Halle, Frau Landrat Geh. Reg.-Rat Wiesand-Torgau, Frau Landrat Geh. Reg.-Rat v. Busse-Brodau, Frau Landrat Freifrau v. Schele-Naumburg, Frau Landrat v. Borcke-Liebenwerda, Frau Landrat Freifrau Lucius v. Ballhausen-Gr.-Ballhausen, Frau Landrat v. Christen-Heiligenstadt.

Postkarten und Briefe an kriegsgefangene deutsche Zivilpersonen in Rußland werden jetzt zumeist durch den stets hilfsbereiten deutschen Hilfsverein in Stockholm unter Beifügung von internationalen Postfreischeinen zu 25 Pfg. abgesandt und vom deutschen Hilfsverein Stockholm bereitwilligst weiterbefördert. Es wird aber darüber geklagt, daß viele Postkarten und Briefe nicht ankommen. Die Kriegsgefangenen-Fürsorge vom Roten Kreuz für Halle und den Saalkreis, hier, Schmeerstr. 12, die immer bestrebt ist, neue Verkehrsmöglichkeiten zu ermitteln, hat deshalb noch einen anderen Weg ausfindig gemacht der sich inzwischen vielfach bewährt hat: sie läßt unentgeltlich allen Interessenten von Halle und dem Saalkreis die von ihr verlegten, mit russischem Aufdruck versehenen Antwort-Postkarten mit den Adressen der Kriegsgefangenen beschreiben, sofern man sich persönlich während der Sprechstunden an sie wendet. Die Sprechstunden sind mit Ausnahme von Mittwoch und Sonntag jeden Vormittag von 9—12 Uhr. Von Zuschriften bittet man absehen, da zur Erledigung derselben keine Zeit ist.

Die Leitung des Stadttheaters bittet zu beachten: „Figaros Hochzeit", die so beifällig aufgenommene Oper von Mozart, wird am Donnerstag in der gleichen Besetzung zur ersten Wiederholung kommen. Für Freitag wurde noch einmal Lortzings romantische Oper „Undine" angesetzt. In Grillparzers Trauerspiel „Medea", welches von Herrn Masson in Szene gesetzt wird, sind u. a. beschäftigt die Damen Tandar als Medea, Mund als Kreusa, von Durand als Gora und die Herren Rehbach als Jason, Schreiner als Kreon. Am Sonntag, den 23. d. Mts., findet nachmittags als Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen eine Aufführung von Webers Oper „Der Freischütz" statt. Abends wird zum ersten Male in dieser Spielzeit Verdis Oper „Der Troubadour" unter der Spielleitung von Leopold Sachse in Szene gehen.

Die Besprechung des d'Alberts-Konzertes kann aus Raumgründen erst morgen erscheinen.

Thalia-Theater. Infolge des außergewöhnlichen Erfolges, dessen sich bei ihrem kürzlich erfolgten Gastspiel das Käte Baste-Ensemble erfreute, hat die Leitung des Stadttheaters mit diesem Ensemble für Sonntag, den 23. Januar, noch einmal abgeschlossen. Zur Aufführung gelangt das hochamüsante Lustspiel „Die große Leidenschaft", doch wurde diesmal vielseitig geäußerten Wünschen entsprechend von einer Erhöhung der Preise abgesehen, so daß das Gastspiel bei den gewohnt volkstümlichen Preisen stattfindet. Der Vorverkauf an der Theaterkasse und an den bekannten Vorverkaufsstellen ist bereits im Gange.

1. kommunaler Wahlbezirksverein. Die Besichtigung des Stadtbades (Schimmelstraße) findet für die Mitglieder des 1. kommunalen Vereins in Gemeinschaft mit dem 5. komm. Verein am Sonntag, den 23. Januar „vorm. 11½ Uhr statt.

Die nächste Zusammenkunft der aus Rußland ausgewiesenen Friedensdeutschen findet Freitag, den 21. Januar, abends 8 Uhr im „Schulheiß", Poststraße 5, statt.

Von der Straße. An der Ecke der Gr. Steinstraße und Ludwig-Wucherer-Straße wurde ein 8jähriges Schulmädchen von einem Radfahrer umgefahren. Es erlitt leichte Verletzungen im Gesicht. Der Radfahrer ergriff die Flucht und entkam unerkannt. — In der Ludwig-Wucherer-Straße riß die Oberleitung der Stadtbahn und fiel, eine hohe Feuersäule erzeugend, auf den Bürgersteig. Die gefährdete Stelle wurde sofort abgesperrt. Es wurde niemand verletzt.

Auf dem hiesigen Güterbahnhof entgleisten gestern morgen bei der Ausfahrt des Güterzuges 6826 einige Wagen, wobei ein beladener Güterwagen umfiel. Der Wagen mußte umgeladen werden. Die Aufräumungsarbeiten wurden sofort aufgenommen und so konnten nach einiger Zeit die Gleise wieder freigemacht werden.

Provinzial-Nachrichten.

Erfurt, 17. Jan. (Ein Unglücksfall mit tödlichem Ausgange) ereignete sich heute vormittag um ½11 Uhr auf der Nordhäuser Bahnstrecke dicht vor der Einfahrt in den Erfurter Hauptbahnhof. Dort wurde der Bahnwärter Berthold Karl von hier beim Streckengang von einem Zuge überfahren und so schwer verletzt, daß er schon kurz nach seiner Ueberführung ins Krankenhaus starb. Der Verunglückte war Vater von sieben unmündigen Kindern.

Dessau, 18. Jan. (Stiftung.) Der Ehrenbürger Dessaus, Seine Exzellenz der Herzogliche Haus- und Staatsminister a. D. Dr. v. Koseritz, früher Kgl. Landrat in Wittenberg, und seine am 23. August 1914 verstorbene Ehegattin haben der Stadt testamentarisch 25 000 Mark für Grabpflege und zur Unterstützung von Witwen und verwaisten Töchtern aus staatlichem und städtischem Subalternbeamtenstande Anhalts in Beträgen von 200—300 Mark zukommen lassen. Die kürzlich verstorbene Schwester des Herrn v. Koseritz, Oberhofmeisterin v. Koseritz, hat der Stadt denselben Betrag für den gleichen Zweck überwiesen.

Wittenberg, 17. Jan. (Vom Zuge erfaßt.) Bei Einfahrt des Zuges 7064 wurde auf dem Ueberwege auf Bahnhof Karstädt infolge nicht richtigen Schließens der Schranken das Milchfuhrwerk des Gutspächters Franz Nahler in Bootz bei Karstädt überfahren. Der Kutscher des Fuhrwerkes und der Schrankenwärter wurden verletzt. Beide Pferde wurden getötet.

Halberstadt, 17. Jan. (Verkauf der Knackstedtschen Besitzungen.) Zu dem Nachlaß des kürzlich verstorbenen Rentiers Knackstedt gehört das Grundstück Burchardi-Anger Nr. 1 und rund 1000 Morgen Land. Diese Besitzung ist, da die Erbin nicht in Halberstadt wohnt, durch Kauf in den Besitz des jetzigen Pächters, des Bankiers Isaak Nußbaum in Halberstadt, übergegangen.

Leipzig, 17. Jan. (Für 4000 Mark Säcke gestohlen.) In der Nacht zum Sonnabend wurde der Niederlagsraum eines Sackhändlers in der Dresdener Straße erbrochen und geplündert. Der Wert der gestohlenen leeren Säcke beträgt etwa 4000 Mark. Zum Fortschaffen der umfangreichen Beute, die hauptsächlich aus Reis-, Zucker-, Futter-, weißen Zuckernessel- und unsortierten Säcken bestand, haben die Spitzbuben offenbar ein Geschirr oder mehrere Handwagen benutzt.

Braunschweig, 18. Januar. (Sieben-Uhr-Ladenschluß.) Wie verlautet, hat die Handelskammer auf vielfachen Wunsch, besonders aus den Kreisen der Textil- und Eisenwarenbranche, am Sonnabend beschlossen, beim stellv. Generalkommando des 10. Armeekorps die Einführung des Sieben-Uhr-Ladenschlusses für die ersten fünf Wochentage (Sonnabend ausgeschlossen) zu empfehlen, und zwar zunächst für die Geschäfte der Textil- und Eisenwarenbranche. Die Lebensmittelbranche soll auf jeden Fall von dieser durch den Krieg gebotenen Maßnahme ausgeschlossen bleiben. Es bleibt nun abzuwarten, ob das Generalkommando

Deutscher Reichstag.

Die Reichstagsverhandlungen über die Handhabung der Zensur haben eine recht interessante Debatte gezeitigt. Wir veröffentlichen daher den kurzen Bericht in der gestrigen Abendausgabe im nachstehenden durch eine ausführliche Wiedergabe der Reden der Abgg. Fischbeck (Fortschr. Volksp.), Dr. Stresemann (Natl.) und Heine (Soz.). D. Red.

Abg. Fischbeck (Fortschr. Vp.):

Der dauernde Belagerungszustand ist unhaltbar. Das betont auch der Senatspräsident Strutz. Es ist höchste Zeit, Verbesserungen eintreten zu lassen, denn glatt aufgeben lassen sich die Bestimmungen über den Kriegszustand nicht. Unsere Presse hat sich glänzend bewährt. Leider beweist die Zensur oft sehr geringe Einsicht. Der Stil eines Schriftstellers ist vom Zensor verbessert worden, Zitate sind umgeändert worden. Ein Mann durfte nicht angegriffen werden, weil er das Eiserne Kreuz bekommen hat. (Heiterkeit.) Der Zensor will die Zeitungen sogar zwingen, bestimmte Artikel zu bringen. Die Zensur ist aber auch ungleichmäßig und ungerecht. In ganz Süddeutschland besteht die Präventivzensur für die Fachpresse. Die größten Erörterungspläne konnten entwickelt werden, eine Antwort aber wurde verboten. Ins einzelne gehende Erörterungen der Friedensziele sind noch nicht am Platze. Wie kann man wegen eines Vergehens gleich eine Zeitung verbieten. Die dafür verantwortlichen Männer sind sich wohl kaum der Folgen ihrer Handlung bewußt. Durch ein Verbot einer hiesigen Zeitung wurden die wildesten Gerüchte heraufbeschworen. Unter solcher Beunruhigung leidet die Stimmung. Deshalb muß für größere Sachverständigkeit der Zensurbehörden gesorgt werden. Eine Sicherheit muß gegen unverantwortliche Eingriffe bestehen. Die Verletzung des Briefgeheimnisses widerspricht dem Rechtsgedanken, zumal wenn man sie bei ehrenwerten Leuten, Abgeordneten oder Pazifisten, mit Spionageverdacht erklärt. Auf dem Gebiet der Lichtspielüberwachung ist es nicht besser. Innerpolitischer Gedankenaustausch soll scheinbar einer Kirchhofsruhe weichen. Sogar Beurteilung von Landesverweisen ist verboten worden. Sind wir denn in Krähwinkel? Die Zensur kommt da leicht in den Verdacht privater Sachwaltung. Selbst der Berliner kommunale Nachrichtendienst ist unter Vorprüfung gestellt worden. (Unerhört!)

Auch die Erörterungen über den Zweckverband wurden verboten. (Hört, hört!) Scheinbar dient die Zensur Regierungsgelüsten früher untergeordneter Personen. Teilnehmer an einer Wertkaufsversammlung sind mit Gefängnis bestraft worden. Es darf keine Satrapenwirtschaft einreißen. Welche Gerüchte haben wir, daß die kommenden Steuern frei erörtert werden dürfen? Die parlamentarischen Verhandlungen bringen doch noch Licht in alles. Allerdings zeigen sich in Bayern und Sachsen schon Ansätze, der Presse die Verbreitung des Wortes nicht anzuvertrauen. Deswegen haben die Loebellschen Erlasse die Befürchtung erregt, daß auch in der Zukunft mit Zwangsmaßnahmen vorgegangen wird. Die Regierung mag öffentlich Farbe bekennen, nicht durch unterirdische Kanäle sich auslassen. Die Verheißungen der Thronrede müssen erfüllt werden. Es können nicht noch einmal Karlsbader Beschlüsse kommen. Was gute Politik geschaffen, darf das Militär nicht verderben. Die Regierung lege dem Geiste des Volkes auf dem Wege zur Zukunft keine Hemmnisse in den Weg. (Beifall.)

Abg. Stresemann (Natl.):

Die Auffassung des preußischen Ministers, der Reichstag sei nicht zuständig für die Beurteilung der Preßerlasse, teile ich nicht. Er hat doch wohl auch nicht an die Beeinflussung der Presse für die preußischen Wahlen allein gedacht. Ich würde es bedauern, wenn die Ministerbank im Wahlkampfe eine

Meinungen vertreten würden. Bisher befand sich der Staatsbürger immer in einer gewissen fortgesetzten inneren Opposition zur Regierung. Der Erlaß des Ministers v. Loebell ist aber kein offener Kampf. Das ist eine neue Art von Offiziosen-tum, das auf dem Zwange beruht. Was wir bei der Zensur bekämpfen, das sind nicht Ungeschicklichkeiten und Entgleisungen, das ist ein ganz falsches System. Was aber am tollsten ist, und wofür kein Wort der Abwehr scharf genug ist, das ist die Anmaßung einiger Herren, die sogar die Reichstagsverhandlungen unter Zensur stellen wollen. (Lebh. Beifall.) Das müssen wir uns verbitten! (Beifall.) Wir hören auf, ein Parlament zu sein, wenn unsere Reden unter die Auffassung eines einzelnen stellvertretenden Generalkommandos gestellt werden. (Sehr richtig!) Wir ersuchen den Reichskanzler, seinem Einfluß geltend zu machen, daß solche Dinge nicht mehr vorkommen. Sie schaden uns im Auslande mehr als alle scharfen Reden. (Sehr richtig!)

Der Redner spricht sich gegen die Verfügung aus, daß die Reden, die in Versammlungen gehalten werden, im Wortlaute vorgelegt werden müssen, und daß die Redner sich an diesen Wortlaut zu halten haben. Zwei Generalkommandos haben Jugendschriften verboten, die patriotischen Inhalt hatten, die der Kronprinz von Bayern selbst empfohlen und die der Prinz Eitel Friedrich dreimal nachbestellt hatte. Die Anhänger der Friedensbewegungen und auch die Annexionisten sind unter Aufsicht gestellt worden. Man hat sogar ihre Dienstmädchen ausgeforscht. In schärfster Weise ist man gegen die „Tägliche Rundschau", die „Deutsche Tageszeitung", „Die Post" und andere Zeitungen vorgegangen.

Der Redner empfiehlt eine Entschließung Dr. Ablaß (f. Vp.), Bassermann (natl.), den Reichskanzler zu ersuchen, im Reichstag bei Beginn des nächsten Sitzungsabschnittes einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die auch während des Krieges unentbehrlichen Sicherheiten hinsichtlich der Eingriffe der Militärgewalt in das bürgerliche Leben geschaffen werden und die Verantwortlichkeit für diese Maßnahmen geregelt wird.

Der Begriff „Burgfriede" wird jetzt sehr einseitig ausgelegt. Ein 70-Millionen-Volk wird niemals seine politischen Gegensätze aufgeben. Ich verstehe unter „Burgfrieden" die gegenseitige Achtung der Parteien. Die Angriffe gegen die „Arbeitgeber-Zeitung" waren an die unrichtige Adresse gerichtet, die Schriftleitung stellt fest, daß es sich um die Veröffentlichung einer Zuschrift gehandelt hat. Der Weltkrieg ist nur mit der öffentlichen Meinung zu gewinnen. (Sehr richtig!) Da können wir von England lernen. Da hat unsere Diplomatie Versäumnisse verschuldet. Man kämpft mit Kabel und Kino gegen uns. Haben wir die öffentlichen Stimmen im Ausland unterschätzt, so müßten wir jetzt ihre Bedeutung im Inland. Das unsere wirtschaftliche Lage schwierig ist, weiß das Ausland aus den Regierungsverordnungen. Das Volk hätte man durch Wanderredner aufklären sollen. Gerade unsere Stärke nach außen befähigt uns, im Innern frei zu reden. Wenn man uns die Erörterung der Steuern beschneidet, müssen wir die Reichstagsverhandlungen aussetzen, bis sie freigegeben wird. Auch die großen weltHandelspolitischen Fragen müssen schon Klärung finden. Ein Glück, daß nicht auch Naumanns Buch unterdrückt wurde.

Ein Teil der Reuterielegramme wird anscheinend zu dem Zwecke gefälscht, in Deutschland zu verwirren oder als Beruhigungspulver zu wirken, so über deutschfreundliche Stimmung in Amerika. Die „Baralong"-Aussprache war eine befreiende Tat. Wir lesen immer nur die Angriffe gegen uns. Dadurch wird die Stimmung gedrückt. Unsere Staatsmänner verstehen nicht, die Seele des Volkes als Saitenspiel und Waffe zu handhaben. Sie sprechen im Namen der Regierung, statt dem des Volkes. Das nationale Empfinden des Volkes muß ein Ventil finden. Die Kriegsziele mögen nicht in den Einzelheiten erörterbar sein, jedenfalls sind sie es in den Grundzügen. Einig sind wir alle im Ziel eines dauernden Friedens. Deshalb ist eine Aussprache ungefährlich. Das Volk muß sich auf das neue Deutschland vorbereiten. Das legt uns die heutige Wiederkehr des Reichsgründungstages nahe. Das Verhältnis zum Panslawismus oder England kann besprochen werden. Der erste bevorstehende Sonderfriede ist eine Mahnung. Die Besprechung in den Einzelheiten braucht ja erst später freigegeben zu werden. Die Diplomaten dürfen keinesweg allein über den Krieg entscheiden. Natürlich können nur militärisch erreichbare Ziele gesteckt werden. In dem neuen Deutschland muß das Volk tatkräftigen Anteil an der Staatslenkung haben. (Beifall.)

Abg. Heine (Soz.):

Es hat sich heute ziemliche Einigkeit in der Bemängelung des Belagerungszustandes gezeigt. Als Jurist möchte ich noch unterstreichen: nur extensive Auslegung des § 68 der Verfassung kann die jetzige Ausdehnung des Belagerungszustandes rechtfertigen. Jedenfalls müßte man die Maßregeln auf das Notwendigste beschränken. Das System ist verfehlt, eine falsche Maßregel wird daher aus der anderen geboren. Die Aufhebung der Versammlungs- und Vereinsfreiheit ist erst von den Generalkommandos über den Kopf des Kaisers hinweg erfolgt. Das kann man nur mit juristischen Kunststücken rechtfertigen. Der Diktator ist ein Fremdling, unorganisch in unserem Volke. Wo sein Schatten hinfällt, richtet er beim besten Willen Unheil an, weil er nicht durch Sachkenntnis gezügelt wird. Guten Willen haben wir alle, mit Unfähigkeit richtet er alles Unheil an, böser Wille kommt ja nur im Reichstag vor. In Berlin mußte es schief gehen, wo man sich als Zensor den Chef der politischen Polizei verschrieb, der in seinen Berichten sich als völlig unfähig erwiesen hatte. Selbst geschlossene Versammlungen sind unter Zensur. Die Sprachreinigungen des Polizeipräsidiums sind doch Kindereien. Es ist eine Dreistigkeit, die Parlamentsberichte zu zensurieren, und politisch die größte Dummheit. Ebenso ist es mit der Schutzhaft. Ein Mann sitzt seit Beginn des Krieges, ohne zu wissen, was gegen ihn vorliegt. Er hält sich für das Opfer einer falschen Anzeige. In Ruhleben sind Leute interniert, bloß damit man auch Engländer internieren konnte. Leute, die seit Generationen nichts mehr mit England zu tun hatten, deren Angehörige für uns kämpfen. Man hat ja die Aufnahme in den deutschen Staatsverband erschwert.

Die Maßnahmen gegen sozialdemokratische Vereine rufen eine Massenpsychose hervor. Wie steht's mit dem versprochenen Vereinsgesetz zugunsten der Gewerkschaften? Geistige Arbeit und Schulmeisterei vertragen sich nicht. Es liegt im Wesen der banausischen Zensur, sich lächerlich zu machen, wo und wann immer es eine Zensur gegeben hat. Heute sind schon 1013 Verordnungen von der Zensur erlassen, und es besteht die Gefahr, daß abermals soviel herauskommen. Die Mehrzahl der Zensoren sind ja durch Unkenntnis entschuldigt, aber „a bissel Falschheit ist dabei", (Heiterkeit.) Zwischen Degen und Feder besteht von jeher eine Gereiztheit. Die Zensur über die „Gebrauchsfedern" wird ausgeübt vielfach von alten oder jungen Herren, die den Degen nicht mehr führen können. Vor dem schönen denken pensionierten Offizier hat es zu allen Zeiten dem großen Feldherren und Politikern gegraut. Ueber die Sicherheit des Vaterlandes dürfe nicht parteiliche Rechthaberei gestellt werden, bei allem, was man schreibt, muß man an die Wirkung nach außen denken. Wer das nicht tut, von dem rücke ich ab. (Zuruf des Abg. Liebknecht: Hört, hört!)

Jawohl, (Abg. Liebknecht: Sie sind kein Sozialdemokrat! Schämen Sie sich als Sozialdemokrat. Vizepräsident Paasche: Sie dürfen gegen einen Kollegen nicht solche Bemerkungen machen. Ich rufe Sie zur Ordnung. Abg. Liebknecht: Wie kann man als Sozialdemokrat für den Belagerungszustand sprechen.) Wir alle wollen keine Niederlage Deutschlands. Aber der Zwang stört den Mut. Mit den plumpen Eingriffen gilt man denen Waffen, die die Verteidiger des Vaterlandes verleumden. Der Abg. Oertel hat gemeint, seine Presse stehe mit einem Fuß im Gefängnis. Das Zitat hat den Zusatz: mit dem andern nagen wir am Hungertuch!" (Stürmische Heiterkeit.) Wir standen uns um das Fell eines unerlegten Bären. Unsere braven Kämpfer haben noch viel zu tun. Wir lehnen alle Pläne ab, die den Krieg hinausziehen oder neue Kriegsquellen enthalten. Aus der unseren Stärke muß die Kraft kommen. Wie führten den Krieg für unsere Heimat, unser Volk zur Verteidigung. Nehmen Sie dem Krieg nicht die Kennzeichen der Verteidigung. Das wäre ein Pyrrhussieg. Darum müssen die Friedensziele freigegeben werden. Es wird dann mehr Vertrauen kommen.

Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Dr. Lewald:

Die Frage des Belagerungszustandes wird seit Kriegsausbruch schon zum dritten oder vierten Mal erörtert, und der Staatssekretär des Innern hatte im März und August dieses Jahres und im Oktober 1914 Erklärungen dazu abgegeben. Nach dieser sechsstündigen Debatte kann ich die vorgetragenen Eingelheiten nicht berühren. Ich bitte also, von den von mir nicht zurückgewiesenen Behauptungen nicht anzunehmen, daß sie vom Regierungstisch zugestanden wären.

Der Abgeordnete Heine hat im Ausschuß und in der Vollversammlung heute nochmals mit großer Entschiedenheit die Behauptung aufgestellt, daß der Kriegszustand der gesetzlichen Grundlage entbehrt, daß er überhaupt nicht in dem Umfange hätte verhängt werden können und jedenfalls in dem bestehenden Umfange nicht aufrecht erhalten werden könne. Wiederholt ist hier dargelegt worden, daß der Reichskanzler, der die Order gegengezeichnet hat, als der Kriegszustand erklärt wurde und dafür die volle Verantwortlichkeit trägt, sie auch dafür trägt, daß der Kriegszustand aufrecht erhalten wird und im Einklang mit der Verfassung steht.

Die Verfassung, wie sie im Jahre 1867 geschlossen worden ist, wurde dem Reichstag ohne Begründung zu den einzelnen Kapiteln vorgelegt. Die Männer, die von 67 bis 70 dem Reichstag angehört haben, werden also wohl die richtigen Interpreten sein. Der Abgeordnete Lasker hat im April 1870 ausdrücklich anerkannt, daß der Artikel 61 einst seine selbständige Bedeutung hatte. Es handelte sich um die Einführung der Strafgesetzordnung. Er hatte gewisse Bedenken gegen die hohen Strafmaße, weil der Kriegszustand schon verhängt werden könnte, wenn die öffentliche Sicherheit bedroht wäre. Fürst Bismarck, der Vater der Verfassung, der sie selbst niedergeschrieben hat, hat sich schon anfangs der 70er Jahre gegen die Rechtsauffassung gewendet, als ob der Absatz 2 des Artikels eine Abschwächung des Absatzes 1 wäre. Auch von der Mehrheit des Hauses hat sich damals kein Widerspruch erhoben. Auf die lange Tradition dieser Auffassung, die Geltung der Anschauungen der Väter der Verfassung und des Parlaments, das sie beschlossen hat, stützt sich heute die Reichsleitung, wenn sie diese Rechtsauffassung beibehält und für allein richtig erklärt.

Materiell dauert die Bedrohung des Reichsgebiets fort, solange der Krieg währt. Daß wir uns im Kriegszustand befinden, wird keiner bestreiten. Auf Grund des § 10 des Spionagegesetzes können wir nicht die für die Sicherheit der Bewegungen unserer Truppen erforderlichen Maßnahmen treffen, wir können das nur auf Grund der außerordentlichen Vollmachten, die das Belagerungszustandgesetz von 1851 uns gibt. Die juristischen Bedenken halten also nicht stand.

Der Krieg wird gegen uns nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und namentlich mit Verleumdungen geführt. Wer regelmäßig die feindlichen und auch die amerikanischen Zeitungen, die man in dieser Beziehung fast zu den feindlichen rechnen könnte, liest, muß sehen, wie an sich ganz harmlose Vorgänge in unserem Lande gegen uns ausgenutzt werden, und aus solchen Einzelheiten wird dann ein Bild unserer Zustände gegeben, daß das deutsche Volk innerlich zerrissen sei, daß wir bei uns viele Krawalle hätten, und daß überhaupt die unerhörtesten Zustände bei uns herrschten. Da kann man es uns nicht verdenken, wenn man alle Mittel benutzt, um solche Beunruhigung der öffentlichen Meinung fernzuhalten.

Es ist gewiß eine sehr schwierige Aufgabe, einen treuen Zensor zu finden. Aber aus dieser Schwierigkeit kann man doch nicht folgern, daß nun die Zensur abgeschafft werden müßte. Zweifellos sind eine Menge Fehler und Irrtümer hier vorgekommen. Die Zensur hat nur die Aufgabe, Schädigungen der Sicherheit des Reiches und unserer Kriegsführung abzuwehren. Die stellvertretenden kommandierenden Generale haben die Zensur auch durchaus in dieser Richtung aufgefaßt; man hat versucht, einen Gegensatz zwischen den Generalen draußen im Felde und denen daheim herzustellen. Das ist durchaus falsch. Das Verantwortlichkeitsgefühl ist bei ihnen ebenso groß. Ich möchte wissen, wie wir den Krieg ohne unsere inaktiven Offiziere führen sollten! Die stellvertretenden kommandierenden Generale haben doch manche ganz ausgezeichneten Maßnahmen getroffen. Ihre diktatorischen Befugnisse haben uns sehr viel genützt.

Ihre Kommission wünscht, daß dem Verbot einer Zeitung eine Warnung vorausgehen muß. Bei den Zeitungsverboten handelt es sich doch nur um Einzelfälle, die dann so oft besprochen worden sind, daß man schließlich glaubte, diese Verbote seien wer weiß wie oft vorgekommen. Das Verbot ist über Zeitungen aller Richtungen verhängt worden. Keine Zeitung kann sich darüber beschweren, hierbei zu kurz gekommen zu sein. (Heiterkeit.) Wie mir mitgeteilt ist, geht einem solchen Verbot stets eine Warnung voraus. Wo das nicht geschehen ist, war jedenfalls periculum in mora.

Der Antrag, daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen dürfe, ist früher vom Abg. Scheidemann gestellt, aber vom Hause abgelehnt worden. Der Ausschuß hat ihn jetzt aufgegriffen. Die Ausführung ist praktisch undurchführbar. Aus staatsrechtlichen Gründen läßt sich die Verantwortung des Reichskanzlers mit der auf ganz anderen Grundlagen beruhenden Verantwortlichkeit des kommandierenden Generals nicht vereinigen. Bezüglich der Erörterung der Steuergesetze kann ich die Erklärung abgeben, daß bei keiner Stelle die Absicht besteht, sie zu unterbinden. Immerhin könnte ein solches Maß von Erbitterung gegenseitiger Beurteilungsimpfungen verschiedener Klassen gegeneinander sich zeigen, daß der Burgfrieden ruiniert würde und die Zensur aus diesem Grunde eingreifen müßte. Die maßgebenden Stellen wollen indes, daß die sachliche Erörterung der Steuerpläne in keiner Weise verhindert oder beschnitten wird.

Die Unterdrückung von Teilen des Parlamentsberichts des Hallenser sozialdemokratischen Organs ist nicht auf Weisung von Berlin ergangen, sondern hat der betreffende Zensor allein zu verantworten.

Der Reichskanzler hält es mit den bestehenden Bestimmungen nicht für vereinbar, wenn ein Zensor sich Redakteurbefugnisse anmaßt.

Wo Zeitungen statt unserer Kriegsberichte nur die der Gegner brachten, war es selbstverständlich, daß mit den Abdruck der feindlichen Berichte erst gestattet, wenn sie unseren Bericht brachten. Es ist auch unzulässig, sozialdemokratischen Vereinen das Einkassieren ihrer Mitgliedsbeiträge zu verwehren. Warum die Erörterung der Kriegsziele noch nicht freigegeben werden kann, ist im Ausschuß eingehend vertraulich dargelegt worden. Die Behandlung der Frage in solchem Umfange in der Vollversammlung wäre besser unterblieben.

Der Abgeordnete Heine hat nach der im Vorstehenden abgegebenen Zusage wegen des Vereinsrechtes gefragt. Die verbündeten Regierungen haben sie eingehend erwogen, und ich habe in ihrem Namen folgende Erklärungen abzugeben:

Im vorigen Jahre hat der Reichstag einen Gesetzentwurf betreffend Abänderung des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 angenommen. Die Reichsleitung hat durch Entsendung von Vertretern zu der Versammlung schon zu erkennen gegeben, daß ihr an einer Verständigung mit dem Reichstag auf diesem Gebiete lag. In der damals abgegebenen Erklärung wurde von ihr anerkannt, daß die Auslegung der Reichsvereinsgesetzbestimmung den Gewerkschaften nicht immer die Freiheit gelassen hat, deren sie zur Betätigung ihrer Wohlfahrtseinrichtungen bedurften. Abhilfe konnte nur eine gesetzliche Regelung schaffen. Es mußte gesetzlich festgelegt werden, daß die Gewerkschaften und die ihnen gegenüberstehenden Vereine der Arbeitgeber nicht als politische Vereine betrachtet werden dürfen, wenn sie sich mit solchen sozialen und ähnlichen Angelegenheiten befassen, die die Erlangung günstigerer Arbeitsbedingungen und die Förderung der Interessen ihrer Mitglieder betreffen. Die verbündeten Regierungen haben sich mit diesem Standpunkte der Reichsleitung einverstanden erklärt. Sie sind demnächstig, zu erklären, daß dem Reichstage alsbald gemacht wird. (Beifall.)

Die Zensur gehört zu den notwendigen Uebeln, zu einer Beschränkung, wie wir sie auch auf anderen Gebieten haben. Sie ist gewissermaßen die Droßkarte der öffentlichen Meinung. (Heiterkeit.) Wir werden erfreut sein, wenn wir die Zensur aufheben können.

Abg. Waldstein (Fr. Vp.):

Wenn die Zensur die Droßkarte der öffentlichen Meinung ist, so bitten wir um recht große Zusatzkarten. (Heiterkeit.) Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an. Bei einem so langen Kriege ist der Grundsatz der legislatorischen Abstinenz undurchführbar.

Abg. Bassermann (Natl.)

beantragt, den Antrag Ablaß-Bassermann und den Teil der Resolution des Ausschusses, welcher das Verbot einer Zeitung von der Zustimmung des Reichskanzlers abhängig machen will, gemeinsam an den Hauptausschuß zurückzuverweisen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Abg. Liebknecht (Wild):

Der Schlußantrag bezweckt in erster Linie, mich am Reden zu hindern. (Sehr richtig!) Sie üben so eine Zensur über die Mitglieder des Hauses, die skandalöser als die militärische ist. (Glocke des Präsidenten. Ordnungsruf.) Sie sollten gegenüber dem französischen, englischen, italienischen und sogar russischen Parlament erröten. (Schallende Heiterkeit.)

Nach weiteren persönlichen Bemerkungen erklärte der Abg. Liebknecht: Mir wurde vorhin „Landesverräter" zugerufen. Ich ziehe es vor, als Landesverräter bezeichnet zu werden, als von Ihnen gelobt zu werden, wie es Mitgliedern der sozialdemokratischen Fraktion geschehen ist. (Heiterkeit.)

Die Entschließung des Hauptausschusses wird angenommen. Nur der Ablaß, der bestimmt, daß das Verbot einer Zeitung nur mit Zustimmung des Reichskanzlers erfolgen darf, wird an den Ausschuß verwiesen, ebenso der fort schrittlich-nationalliberale Antrag.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Dr. Kaempf:

Wir haben in dieser Tagung finanzielle und wirtschaftliche Maßnahmen beschlossen, wie haben aber auch aufs neue der Welt gezeigt, mit welcher Entschlossenheit das deutsche Volk gewillt ist, die Opfer auf sich zu nehmen, die der Gedanke an das Vaterland, an seine Zukunft und seine Größe ihm auferlegt. Siegreich stehen unsere und unserer Verbündeten ruhmreiche Truppen an allen Fronten zu Wasser und zu Lande, von der Ostsee und der Nordsee bis zur Adria und bis zu den schwarzen Bergen, wo die erste kleine Friedenstaube aufgeflogen ist, bis zu Mesopotamien und dem Suezkanal, siegreich und unerschüttert begegnen wir den Schwierigkeiten, die der englische Handelskrieg uns aufzuerlegen vergeblich sich bemüht.

In ohnmächtiger Erbitterung läßt die britische Regierung angesichts des Fehlschlagens aller ihrer Hoffnungen und Pläne sich dazu hinreißen, an wehrlosen deutschen Heldensöhnen feigen Meuchelmord zu billigen und ungesühnt zu lassen. Angesichts alles dessen geht Deutschland stolz erhobenen Hauptes seinem Ziele entgegen, mehr als je von dem Vertrauen beseelt, daß in diesem Kriege, durch den unsere Feinde uns zu vernichten drohten, deutsches Geistes- und deutsches Kulturleben sich den Platz erkämpfen werden, der ihnen in der Welt gebührt, und daß wir, wenn unsere Grenzen gesichert sind, endlich einmal dazu kommen, den Werken des Friedens zu leben, um die Wunden zu heilen, die dieser uns freventlich aufgezwungene Krieg uns und der ganzen Welt geschlagen hat. Meine Herren, mit diesem Wunsch schließe ich die Debatten in unserer diesmaligen Tagung an dem Tage, an dem wir vor 45 Jahren das Deutsche Reich gegründet haben, an dem Tage des Gedenkens jenes großen weltgeschichtlichen Ereignisses. (Beifall.)

Der Präsident erbittet und erhält die Erlaubnis, Tag und Stunde der nächsten Sitzung, sowie ihre Tagesordnung feststellen zu dürfen.

Staatssekretär Dr. Delbrück verliest die allerhöchste Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 16. März vertagt wird.

Präsident Dr. Kaempf:

Meine Herren, wir trennen uns unter dem alten Ruf: Seine Majestät, der deutsche Kaiser, Volk und Vaterland leben hoch! (Das Haus stimmt ein.)

Schluß 5¼ Uhr.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Im Konkurse des Leipziger Centralbauvereins G. m. b. H. liegen kaum 15 Proz. in der Masse bei über 700 000 Mark Passiven.

Der Verband Deutscher Stuhlfabrikanten, Sitz Leipzig, hat in seiner aus allen Teilen Deutschlands zahlreich besuchten Generalversammlung beschlossen, eine nochmalige Erhöhung der Verkaufspreise um 10 Proz. vom 1. Februar 1916 ab eintreten zu lassen.

Errichtung eines Ausfuhrverbandes der Waldbrahtwerke. In der Versammlung der Waldabrahtwerke wurde die Bildung eines Ausfuhrverbandes beschlossen. Der Verband erfolgt von heute ab. Der Waldabrahtgrundpreis im Inlande wird von der Konvention in der bisherigen Höhe von 150 Mark für 1000 Kilogramm für Lieferungen im ersten Halbjahr 1916 bis auf weiteres beibehalten.

Deutsche Spiegelglaswerke, Akt.-Ges., in Klein-Freden an der Leine. Bei der Gesellschaft ist für das Jahr 1915 ein abermaliger Rückgang der Dividende infolge der ungünstigen Absatzverhältnisse zu erwarten. Für 1914 wurden 8 Prozent gegen 20 Prozent bezahlt.

Eisenwerke Barbarossa, Akt.-Ges., in Sangerhausen. Die Verwaltung stellt bei der auf den 11. Februar einberufenen Generalversammlung auch den Antrag auf Genehmigung der Verpachtung des Werkes und der Einräumung eines Vorkaufsrechtes auf das gesamte Werk. — Die Anlagen der Gesellschaft sind seit dem Jahre 1906 an die Harzer Werke zu Rübeland und Zorge verpachtet. Dieser Vertrag, der auch einen Verkauf der Anlagen für 500 000 Mk. an die letztere Gesellschaft vorsieht, läuft am 31. März d. Js. ab.

Auf die dritte Kriegsanleihe sind in der vergangenen Woche 106,2 Millionen Mark eingezahlt worden; sämtliche bis zum 15. Januar geleisteten Einzahlungen belaufen sich nunmehr auf 11 734,7 Millionen Mark, gleich 96,5 Prozent der Totalzeichnung. Die für die Zwecke der dritten Kriegsanleihe von den Darlehenskassen ausgeliehenen Darlehen sind in der vergangenen Woche um 107,8 Millionen Mark kleiner geworden, und die Summe der von den Darlehenskassen für die dritte Kriegsanleihe gegebenen Darlehen berechnet sich jetzt auf 577 Millionen Mark.

Die Schuh- und Ausputzfabrik Oskar Kirschstein in Weißenfels ist in Konkurs geraten. Eine Vermögensübersicht ist noch nicht bekannt.

Wasserstände.

(+ bedeutet über — unter Null.)

Saale und Unstrut.			Fuß	Woche
Artern	18. Jan.	—	—	—
Nebra Oberpegel		+2,90	+2,48	— 2
Unterpegel		+2,84	+2,43	— 2
Weißenfels Oberpegel		+2,91	+2,94	2
Unterpegel		+2,24	+2,28	4
Trotha	19. Jan	+3,82	+3,81	2
Alsleben, Oberpegel	18. Jan.	+3,00	17. Jan. +3,04	4
Unterpegel		+3,50	+3,60	10
Bernburg		+3,16	+3,25	9
Calbe, Oberpegel		+2,38	+2,47	9
Unterpegel		+2,28	+2,37	9

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160119038/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen.

Vorschriften

für die Einführung der Pflicht zur monatlichen Berichterstattung der nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise an das Kaiserliche Statistische Amt auf Grund des § 15 des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910 (Reichs-Gesetzbl. S. 860).

1. Die nicht gewerbsmäßig betriebenen Arbeitsnachweise haben zu Beginn jedes Monats über die Zahl der Arbeitsuchenden, der offenen und besetzten Stellen während des abgelaufenen Monats auf den vom Kaiserlichen Statistischen Amt kostenlos zur Verfügung gestellten Vordrucken zu berichten. Für die Anschreibung bei den Arbeitsnachweisen und die Ausfüllung der Vordrucke sind die darauf abgedruckten Grundsätze maßgebend. Falls ein Arbeitsnachweis in einem Monat keine Tätigkeit entfaltet hat, ist Fehlanzeige zu erstatten.

Befreit von der Pflicht zur monatlichen Berichterstattung sind die Arbeitsnachweise, die wegen Vermittlung von weniger als 200 Stellen im Jahre auch von der Meldepflicht für den Arbeitsmarkt-Anzeiger befreit sind oder werden.

Die Berichte müssen beim Kaiserlichen Statistischen Amt, Abteilung für Arbeiterstatistik, Berlin (Aufschrift: Berlin W. 62, Landgrafenstraße 1) spätestens am 10. des auf den Berichtsmonat folgenden Monats, erstmalig am 10. Februar 1916 für Januar 1916 eingehen.

2. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen werden nach § 16 des Stellenvermittlergesetzes vom 2. Juni 1910 mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bestraft.

Berlin, den 16. Dezember 1915.

Der Minister für Handel und Gewerbe.
Der Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.
Der Minister des Innern.

Bekanntmachung.

Dem hiesigen Kommunalverband sind
28 Zentner Gerste
für Geflügel überwiesen worden. **Bezugsscheine** auf Gerste werden in unserem Geschäftszimmer,
Polizeidienstgebäude, Dreyhauptstraße 6, Zimmer 56,
ausgefertigt.

Es werden jedoch keine **Bezugsscheine abgegeben**

1. an Mitglieder des Hallescher Geflügelzüchtervereins und des Ornithologischen Zentralvereins für Sachsen und Thüringen,
2. an Landwirte
3. an Besitzer von Mastbühnern.

Halle a. S., den 17. Januar 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

Betrifft die Gemeinde-Einkommensteuer-Veranlagung derjenigen Gewerbetreibenden, Bergbau- und Eisenbahn-Unternehmer, bezw. Erwerbsgesellschaften, deren Unternehmen sich außer auf Halle noch über andere Gemeinden erstreckt.

Zum Zwecke der Verteilung des der Gemeinde-Einkommensteuer unterliegenden Einkommens aus den oben bezeichneten Unternehmungen für das Jahr 1916 werden die beteiligten Unternehmer bezw. Gesellschaftsvorstände gemäß § 20 der hiesigen Gemeindeeinkommensteuer-Ordnung vom 4. März 1895 hierdurch aufgefordert, **spätestens bis zum 16. Februar 1916** einen Verteilungsplan bei uns einzureichen

Dieser Plan muß nach den Bestimmungen der §§ 47 und 48 bezw. 48 a des Kommunal-Abgabengesetzes enthalten, **und zwar im dreijährigen Durchschnitt:**

a) bei Versicherungs-, Bank- und Kreditgeschäften die erzielten Bruttoeinnahmen,
b) in allen übrigen Fällen die erwachsenen Ausgaben an Gehältern und Löhnen (einschließlich der Tantiemen des Verwaltungs- und Betriebspersonals).

Außerdem sind die Geschäftsberichte, Jahresabschlüsse, sowie die entsprechenden Beschlüsse der Generalversammlungen für die in Betracht kommenden Wirtschaftsjahre beizufügen.

Halle, den 12. Januar 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Wir weisen darauf hin, daß dem Büro VIII (Großer Berlin Nr. 11) bei Anmeldung von Beerdigungen die letzte Steuerquittung vorzulegen ist.

Halle a. S., den 4. Januar 1916.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

1. In der Zeit vom 1. bis 15. Januar 1916 sind nachstehende Gegenstände als gefunden hier abgegeben oder angemeldet worden:

1 kleiner Hund (Pinscher), 1 gold. Gliederarmband, 1 Nickelbrille, 1 grauer Sammetmuff mit Inhalt, 1 Revolver, 1 Pistole, 1 Fahrrad, 1 Eimer mit Schmierseife, 1 Lederhandtasche mit Inh., 1 Markttasche mit Inh., 2 gold. Broschen, davon eine mit einem Soldatenbild, 1 Paar Pantoffeln, 12 Geldtaschen mit Inhalt, 1 Paket mit Kleidungsstücken, 1 Holzkiste mit Inh., 1 silb. Gliederarmband, 1 vierrädriger Handwagen, 1 Sammethandtasche mit Inhalt, 1 hellrötliche Dogge und mehrere Schlüssel.

2. In derselben Zeit wurden als verloren gemeldet:

1 Geschäftsbriefumschlag mit Inhalt, 1 braune Geldtasche mit Inhalt, 1 Brieftasche mit Inhalt, 1 gold. Klemmer, 1 schwarze Geldtasche mit Inh., 1 gold. Ring mit blauen Saphir u. Brillant, 1 gold. Damenuhr, 1 gold. Ring, 1 Ledergeldbörse mit Inhalt, 1 gold. Trauring, 1 schwarze Lederhandtasche mit Geldtasche mit Inhalt, 1 Handarbeit, 1 schwarzer seid. Damenregenschirm, 1 graugetüpft. Handtasche, 1 weißkein. Stickerei (Kissenbezug), 1 silb. Damenuhr mit silb. Kette, 1 braune Handtasche mit Inhalt, 1 schwarze Geldtasche mit Inhalt, 1 gold. Klemmer, 1 grüne Handtasche mit Inh., 1 schw. Geldtasche mit Inh., 1 schw. Pompadour mit Brille, 1 Armbanduhr mit Leuchtzifferblatt, 1 gold. Brosche mit Bild, 1 schw. Brieftasche mit Inh., 1 kl. weiße Kinderboa, 1 Paket mit Seide, 1 Damenschirm, 1 schw. Geldtasche mit Inh., 1 Stunkspelzkragen, 1 schw. Handtasche mit schwarzer Geldtasche u. Inh., 1 rote Geldtasche mit Inh., 1 silb. Nadel mit Stein, 1 dunkelgrüne Damenledertasche mit Inh., 1 grüner Regenschirm, 1 kl. schw. Handtasche mit lila Geldtasche u. Inh., 2 grünseidene Regenschirme, 1 gold. Kriegsdenkmünze von 1870/71, Militär-Ehrenzeichen, Kaiser Wilhelm-Medaille (alles in Miniatur), 1 kl. dunkelgrüne Geldbörse mit Inhalt, 1 brauner Kinderpelzkragen, 7 Mark in Papiergeld, 1 schw. Handtasche mit Geldtasche u. Inh., 1 Persianer Muff, 1 schw. Sammettasche mit Inhalt, 1 schwarze Geldtasche mit Inhalt, 1 schw. Handtasche mit Inhalt, 1 silb. Damenuhr mit Kette, 1 Tula Nocknadel, 1 Persianer-Schulterkragen, 1 evang. Gesangbuch, 1 Paket mit Inh., 1 gold. Nadel mit Brillanten, 1 silb. Kettchen mit Brillantanhänger, 1 Brillantring mit Kettchen mit Brillantanhänger, 1 Brillantring mit einem großen Stein, 1 Granatbrosche, 1 wollsgrauer Schäferhund, 1 brauner Pelz, 1 gold. Ohrring, 1 gold. Klemmer, 1 braune Geldtasche mit Inhalt, 1 geknüpftes Damenhandtäschchen mit Inhalt, 1 Nickelklemmer, 1 gold. Brosche, 1 braune Brieftasche mit Inhalt, 1 schwarzer Stunkmuff.

Die bekannten Eigentümer der unter 1 bezeichneten Gegenstände werden aufgefordert, ihre Rechte innerhalb 6 Monaten im Polizeiverwaltungsbüro, Dreyhauptstr. 6, Zimmer 109, geltend zu machen.

Die nicht zurückgeforderten Gegenstände werden an die Armenverwaltung oder an den Finder abgegeben werden.

Halle, den 17. Januar 1916.

Die Polizeiverwaltung.

Bekanntmachung.

Im Jahre 1916 werden seitens der staatlichen Prüfungskommission für den Regierungsbezirk Merseburg Prüfungen von Hufschmieden abgehalten werden

am 20. März, 19. Juni, 15. September und 18. Dezember.

Die Prüfungen finden in Merseburg in der Hufbeschlaglehrschmiede der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, Hintenstraße 2, statt und beginnen 9 Uhr vormittags.

Wer zur Prüfung zugelassen werden will, muß das 19. Lebensjahr vollendet und mindestens die letzten 3 Monate vor der Meldung zur Prüfung im Bezirke der Prüfungskommission sich aufgehalten haben. Prüflinge, welche die Prüfung nicht bestanden haben, dürfen erst nach Ablauf von 6 Monaten zu einer neuen Prüfung zugelassen werden.

Die Meldungen sind an den Vorsitzenden der Prüfungskommission, Regierungs- und Veterinärrat Francke bei der Königl. Regierung in Merseburg, mindestens 4 Wochen vor der Prüfung zu richten; es sind ihnen der Betrag der Prüfungsgebühr, ein Geburtsschein und etwaige Zeugnisse über die erlangte technische Ausbildung beizufügen. Gleichzeitig ist die Erklärung abzugeben, daß sich der Meldende innerhalb der letzten 6 Monate nicht erfolglos einer Hufbeschlagvorrüfung unterzogen hat. Die Einberufung erfolgt durch den Vorsitzenden der Prüfungskommission.

In Ausnahmefällen kann der Vorsitzende auch später eingehende Meldungen noch berücksichtigen.

Die Prüfungsgebühr beträgt 10 Mark; falls dieselbe mit der Post eingesandt wird, sind 5 Pf. Bestellgeld beizufügen. Die Prüfungsgebühr ist verfallen, wenn der Prüfling ohne genügende Entschuldigung im Prüfungstermine nicht erscheint oder die Prüfung nicht besteht. — Bei nachgewiesener Bedürftigkeit darf die Gebühr ganz oder teilweise erlassen werden.

Zur Prüfung ist ein Rinnmesser und ein Unterbauer mitzubringen.

Merseburg, den 3. Januar 1916.

Der Regierungs-Präsident.

Bekanntmachung.

Das Dienstmanns-Institut „Expreß" ist am 15. Juni 1915 eingegangen.

Wer Ansprüche an den von der Inhaberin des Instituts hinterlegten Sicherheitsbetrag zu haben glaubt, wird aufgefordert, diese binnen 2 Wochen beim Gewerbekommissariat, Dreyhauptstr. 6, Zimmer 109, geltend zu machen, andernfalls über den Betrag verfügt werden wird.

Halle, den 15. Januar 1916.

Die Polizeiverwaltung.

Stellen-Gesuche

Gebildete alleinstehende Dame in mittleren Jahren, firm in Haushalt und guter Küche, gewandt und zuverlässig, **sucht Stellung** als

Hausdame

in besserem frauenlosen Hause oder zu mutterlosen Kindern. Werte Offerten unter Gg. 78 an die Expedition d. Bl.

Ein Buchhalter
vollständig militärfrei, ital.-amerikan. Fabriks-Buchhaltg., Abschluß u. Bilanz, auch bei Aktien-Ges., Bank, Mahnw. u. Klagewesen, sucht sich per sofort zu verändern. Offerten unter L. A. 9654 an **Rudolf Mosse, Leipzig,** erb.

Lehrerstochter,
22 Jahr sucht für sofort od. zum 1. 2. Aufnahme in gut. Hause, um sich in im Kochen zu vervollkommnen. Gegen mäßige Pension. Mädchen muß vorhanden sein.
C. Enderwitz, z. Zt. Zehlendorf bei Berlin, **Berliepschstraße 36.**

Offene Stellen

Lehrlingsstelle
finden zu Ostern 1916 junge Leute, die den Berechtigungsschein zum einjährigen Militärdienst erlangt haben, in unserer
kaufmännischen Abteilung.
Reflektanten wollen sich mit selbstgeschriebenem Lebenslauf und Schulzeugnissen bei uns direkt melden.
Weise & Monski,
Maschinenfabrik.

Flotte 1. Verkäuferin,
mit der Porzellan- und Glasbranche vertraut, per 1. Februar **gesucht.** Offerten mit Zeugnissen, Gehaltsansprüchen unter **B. V. 8457 an Rudolf Mosse,** Brüderstraße 4.

Junges Mädchen, 15jährig, sucht sofort oder 1. 2. Stellung. Zu erfr. **Trödel 16, II.**

Ausbooferin sucht Beschäftigung in u außer d. Hause **Goethestr. 30 II.**

Schlachtvieh-Versicherungsgesellschaft
sucht per sofort od. später
Büro-Beamten
mit entsprechenden Kenntnissen in gut bezahlte dauernde Stellg. Angebote unt. **B. Z. 8459 an Rudolf Mosse,** Brüderstr. 4.

Hausmann,
der mit **Zentralheizung** Bescheid weiß und in Gartenarbeit bewandert ist, wird zu baldigem Antritt **gesucht. Freie Wohnung und Heizung, sowie 90 Mark monatl. Gehalt.** Angebote unter **B. U. 8456 an Rudolf Mosse,** Brüderstr. 4.

Erdarbeiter
werden eingestellt
Baustelle Mühlgraben,
am Jägerplatz.

Lehrling
mit guten Schulkenntnissen suchen Ostern 1916
Arnold & Troitzsch,
Teppichhaus,
Große Ulrichstraße 1.

Lehrling
sucht Lederhandlung
Carl Friedrich Nachf.,
Brüderstraße 13.

Soeben erschien neu:

Hygiene der Ehe

Aerztlicher Führer für Braut- und Eheleute von Frauenarzt Dr. med. Zikel, Charlottenburg.

Aus dem Inhalt: Ueber die Frauen-Organe. Körperliche Eheuntauglichkeit und Untauglichkeit. Gebär- und Still-Fähigkeit. Frauen, die besser nicht heiraten sollten! — Enthaltsamkeit und Ausschweifungen vor der Ehe. Eheliche Pflichten. Keuschheit oder Polygamie? Hindernisse der Liebe etc. — Krankheiten in der Ehe. Rückstände früherer Geschlechtskrankheiten Vorbeugung und Ansteckungsschutz etc. — Körperliche Leiden der Eheirau. Ursachen u. Heilung der weibl. Gefühlskälte. Folgen der Kinderlosigkeit. Gefahren später Heirat für die Frau. Neurasthenie und Ehe. Hysterische Anfälle. Hygienie des Nervensystems bei Mann und Frau etc. — Bezug gegen Einsendg. v. M. 2.— (auch in Scheinen) frc. od. Nachn. durch Medizin. Verlag Dr. Schweitzer & Co., Abt. 143, Berlin NW 87, Repkowpl. 5.

Wir kaufen
Ausländische Wertpapiere, Anleihen, Obligationen, Aktien
aller Art, gestempelt und ungestempelt, insbesondere:
Russen, Argentinier, Mexikaner, Amerikanische Eisenbahnwerte.
Ankauf ausländischer, auch notleidender Kupons.
Hollandsche Handelsbank, Amsterdam.
Tel.-Adr.: Bahol.

Sauberes, ehrl. Mädchen
von außerhalb, 23 J. alt, im Haushalt und Kochen erfahren, sucht z. 1. März oder später Stellung in besserem Hause zur Führung des Haushalts. Offerten unt. **C. 2610 an d. Exped. d. Ztg. erb.**

Brennholz-Verkauf!
Die Arbeitsstätte des Vereins für Volkswohl Feldstr. 13, Zugang von der Delsaerstr. Telephon 5023.
1 Mmtr. fein gehackt 13,00 Mk.
½ „ „ „ 6.75 Mk.
1 Korb „ „ 0,60 Mk.
nur gutes Kiefernholz.

Erstlings-Ausstattungen
nach ärztlicher Vorschrift
in jeder gewünschten Preislage.
Luise Graneiss
Spezialgeschäft für Erstlings-Wäsche
Kleinschmieden 6.

Kanarienhähne, gute Schläger, zu verk. Wilhelmstr. 7. Gartenh. II.

Perfekte Schneiderin
empfiehlt sich in und außer dem Hause
Langestraße 2.

Thale/Harz. Lehr- und Haushaltungs-Pensionat von Fr. Prof. **Lohmann.** Auch in Kriegszeit voll. Unterr. Beste Erholung u. Kräftig. in geschützter Waldlage Prosp

Familien-Nachrichten.

Am 17. d. M., abends 8¼ Uhr, entschlief nach langem, schweren Leiden mein innigstgeliebter Mann, guter Vater, unser lieber Sohn, Schwiegersohn, Bruder und Schwager, der

Kgl. Eisenbahn-Gütervorsteher

Heinrich Harke

im 42. Lebensjahr.

Halle a. S., Torstr. 57II, 19. Januar 1916.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen
Helene Harke geb. Steffen.

Die Beerdigung findet Freitag, den 21. Januar, nachmittags 3 Uhr von der Kapelle des Südfriedhofes aus statt.

Am 18. früh 2 Uhr entschlief sanft nach langen, schweren, mit Geduld ertragenen Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter, treusorgender Vater, unser lieber Bruder, Schwager und Onkel,

der Betriebsleiter der Trotha-Sennewitzer Aktien-Ziegelei

Ernst Kiessling

im 49. Lebensjahre.

Dies zeigen im tiefsten Schmerze an

Margarete Kiessling geb. Bennemann
und **Kinder.**

Die Trauerfeier findet Freitag 2 Uhr in der Kapelle des Gertraudenfriedhofes statt. Einäscherung daran anschliessend.
Beileidsbesuche und Kranzspenden dankend abgelehnt.

Nachruf.

Nach langem schweren Leiden verstarb am 18. Januar der technische Leiter unserer Gesellschaft

Herr Ernst Kiessling.

Als Nachfolger seines Vaters, des Direktors Gustav Kiessling, stand er unseren Werken seit 1893 vor. Wie sein Vater, so hat auch der jetzt leider viel zu früh Entschlafene in umsichtiger, unermüdlicher Pflichterfüllung und vorbildlicher Treue zu unserer Gesellschaft den ganzen technischen Betrieb zur grössten Zufriedenheit geleitet. Einen schweren Verlust haben wir durch sein Hinscheiden erlitten. Wir werden ihm allezeit ein ehrendes Andenken bewahren.

Trotha-Sennewitzer Aktien-Ziegeleien-Ges. zu Sennewitz.

Der Aufsichtsrat. Julius Schilling. **Der Vorstand.** Wilhelm Krumhaar.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19160119038/fragment/page=0004